

demagogische Theorie vom Familienbetrieb fürchterlich strapaziert. Diejenigen, deren Politik von 1949 bis 1967 über 550 000 Bauern zum Opfer fielen, taten so, als galten ihre Bemühungen den Bauern. Dabei war alles Lug und Trug.

Jetzt werden Artikel und Abhandlungen in die Presse lanciert, die aussagen, der Familienbetrieb sei Wunschbild, sei unreal, der kapitalistische Unternehmerbetrieb als dynamische Größe sei zukunftssträftig. „Den Wunschbild-Familienbetrieb hat es nicht gegeben, es gibt ihn nicht, es wird ihn nicht geben ... Denn es gibt diesen Betrieb nur als Lippenbekenntnis ohne Inhalt.“ So schrieb im Februar 1968 das Landwirtschaftliche Wochenblatt für Westfalen-Lippe. Die Bonner Regierung strebt nach ausreichend großen Produktionsgemeinschaften. CDU/CSU, SP und Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) machen gemeinsame Sache.

### Was für Kooperation?

Das Neue in der agrarpolitischen Grundlinie des Finanzkapitals ist, daß künftig das moderne Bauernlegen auch über die Gemeinschaften der Landwirtschaft erfolgen soll. Die „Kooperation“ soll, wie es in einer Broschüre über die Konzentration in der Landwirtschaft heißt, besonders für solche Betriebe, „die man früher als typische Gesindebetriebe bezeichnet hat“, nutzbar gemacht werden. „Von dem Erwerb eines wenig verpflichtenden Geschäftsanteiles über gemeinschaftliche Produktionsmittelnutzung, die Verbindung von Arbeit, Produktionsmittel und Kapital in einem gemeinschaftlichen Betriebszweig zum gemeinschaftlichen Betrieb oder einer gemeinschaftlichen Unternehmung sind alle Übergänge

denkbar, ebenso wie ein allmähliches Herauslösen etwa zunächst der Arbeit des in andere Wirtschaftszweige überwechselnden Kleinlandwirtes, schließlich der Produktionsmittel bis zur völligen Herauslösung durch Verkauf der Kapitalanteile.“

Das heißt, der Kleinbauer oder Nebenerwerbslandwirt soll in die Erzeugerringe und dergleichen aufgenommen werden, um ihn dann langsam aber sicher abzuwürgen und auszukaufen, um schließlich kapitalistische Agrarunternehmer-Betriebe zu schaffen. Über diese Art der Kooperation soll das Bauernlegen beschleunigt werden.

Viele der bäuerlichen Produktionsgemeinschaften waren spontan als Abwehrring für Produzenten gegen den zunehmenden Druck des Kapitals entstanden. Sie riefen damals die Gegenreaktion des Staates hervor. Heute ist derselbe Staat bestrebt, diese Formen der Konzentration seiner Zielstellung nutzbar zu machen. Da es eine Machtfrage ist, in wessen Sinne die Entwicklung erfolgt, geht die horizontale und vertikale Integration in Westdeutschland nicht zum generellen Nutzen der Bauern vor sich, sondern dient vorrangig dem herrschenden System.

Heute existieren über 40 000 verschiedene Gemeinschaften in der Produktionssphäre, darunter allein 28 000 Maschinengemeinschaften. Fast 7000 Erzeugergemeinschaften und -ringe bestehen. Schweinerzeugergemeinschaften gibt es in Westdeutschland fast 500; ebenso viele Maschinenringe und -banken werden ausgewiesen. Die Zahl der übrigen Gemeinschaften (Rode-, Silier-, Kartoffel-, Melk-, Gemüse- sowie Höfe- und Betriebsgemeinschaften) wird auf gut 4000 geschätzt, in

denen drei, fünf und mehr Produzenten Zusammenarbeiten.

Die Bildung von größeren Produktionsbereichen für einzelne Betriebszweige liegt im Profitinteresse der Ernährungsindustrie. Die technisch-optimale und rentable industrielle Verarbeitung und Vermarktung landwirtschaftlicher Erzeugnisse ist von der Erreichung hoher Produktionsziffern und vom Stand der Erzeugungskosten abhängig.

In der vertikalen Integration der Gemeinschaften sehen die Monopole das geeignete Mittel, um das Verwertungsbedürfnis des Kapitals höchstmöglich zu befriedigen. Das Neue ist, daß die vertikale Integration immer mehr landwirtschaftliche Erzeugnisse (von der pflanzlichen über die tierische Produktion bis zu den Arzneimittelkulturen) erfaßt und den Produzenten härtere Bedingungen diktiert und festere Bindungen angelegt werden, die sich nicht nur auf Qualität, Menge und Preise der zu liefernden Erzeugnisse beziehen, sondern auch die unmittelbare Produktion im landwirtschaftlichen Betrieb betreffen. Im Endeffekt erreicht dieses Vertragssystem stufenweise ein Ausmaß, mit dem sich der Sozialstatus des westdeutschen Landwirts völlig ändert — er wird zum De-facto-Lohnarbeiter der Konzerne.

Interessiert an hohen Profiten, suchen die Konzerne der Ernährungsindustrie über die „vertikale Integration“ den landwirtschaftlichen Erzeugerpreis möglichst niedrig zu halten, während es ihnen auf der anderen Seite darum geht, die Verbraucherpreise ständig in die Höhe zu treiben. Die vertikale Integration ist in Westdeutschland zu einer Hauptform der Durchsetzung des Konzentrationsprozesses in der Landwirtschaft geworden.